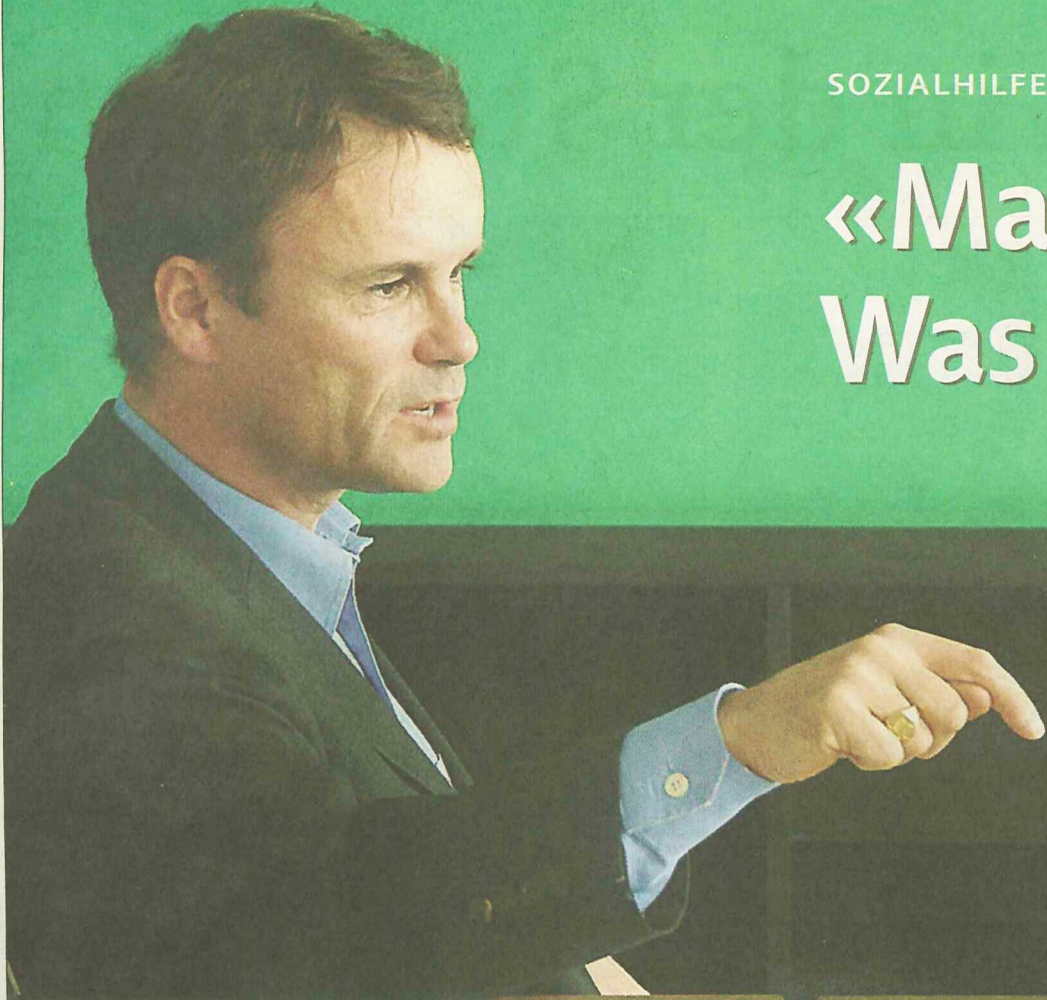


«Man fragt sich: Was ist hier faul?»



«Für ehrliche Sozialhilfebezüger ist es wichtig, dass sie dem System vertrauen können.» FDP-Stadtrat Philippe Müller konstatiert auch nach über anderthalb Jahren Diskussion um die Sozialhilfe, sieben Berichten und Dutzenden von beschlossenen Massnahmen viel Handlungsbedarf.

Jürg Spori

Heute debattiert der Stadtrat wieder einmal über die Sozialhilfe – wegen einer Motion von Philippe Müller. Der FDP-Stadtrat erklärt, warum er Verwaltung und Parlament seit Monaten mit Vorstössen zum Thema «bombardiert».

Letzte Woche haben Sie vier Vorstösse zur Sozialhilfe eingereicht, weitere zehn sind hängig, über ein halbes Dutzend wurden bereits behandelt. Philippe Müller, wollen Sie die Verwaltung lahmlegen?

Philippe Müller: Ich habe auch langsam genug, aber es sind halt noch viele Fragen offen. Der seit Ende Januar vorliegende 150-seitige Bericht von Finanzinspektor

«Die vom Gemeinderat proklamierten Massnahmen sind reine Absichtserklärungen.»

Beat Büschi liefert Stoff ohne Ende – Stoff, den wir Milizparlamentarier nur Stück für Stück abarbeiten können. Und die Missstände sind leider noch gravierender als angenommen.

Aber dieser Bericht mitsamt seinen 64 Empfehlungen ist doch in den Schlussbericht des Gemeinderats eingeflossen.

Der Gemeinderat hat im September 2007 ein Massnahmenpaket vorgestellt und dieses im Februar 2008 konkretisiert – zu einem Zeitpunkt, als das Finanzinspektorat seine Arbeit gerade erst aufgenommen hatte. Seither wurden keine weiteren Massnahmen kommuniziert. Das ist doch ein Affront: Man schickt das Finanzinspektorat in eine Riesenübung, stellt dafür fünf Leute an, die immense Mängel ans Licht bringen – aber daraus Massnahmen ableiten will man nicht.

Der Gemeinderat argumentiert, dass bereits zahlreiche Massnahmen eingeleitet worden seien. Der Gemeinderat hat Massnahmen proklamiert, konkret um-

gesetzt hat er ausser dem Sozialhilfeinspektorat und dem Sozialhilfeinspektor nichts. Nehmen Sie als Beispiel die Einführung eines Vertrauensarzts: Das erklärte man im September 2007 zur Sofortmassnahme – bis heute hat der Sozialdienst keinen Vertrauensarzt. Die Massnahmen sind reine Absichtserklärungen. Bezeichnenderweise hat der Gemeinderat keine Fristen zur Umsetzung gesetzt.

Warum haben Sie sich so ins Thema Sozialhilfe verbissen?

Anfänglich interessierte mich Sozialpolitik nicht so sehr, ich sehe mich eher als Sicherheitspolitiker. Doch dann bin ich in die Sozialkommission des Stadtrats hineingerutscht und habe rasch gemerkt, dass man von der Sozialdirektion auf konkrete Fragen zwar unerhört viele Informationen erhält, aber keine Antwort auf die gestellte Frage. Das stachelt auch an. Man fragt sich: Was ist hier faul?

Es fällt auf, dass Sie ein ziemlicher einsamer Kämpfer sind. Ihre Vorstösse lancieren Sie nur sehr selten mit anderen Parteien.

Das ist vorab eine Zeitfrage: Abklärungen mit anderen Fraktionen brauchen Wochen. Hinzu kommt, dass das Thema sehr komplex ist. Doch auch wenn ich die Vorstösse alleine erarbeite, werden sie oft sehr breit unterstützt. Die vier Vorstösse von letzter Woche wurden von SVP, BDP, CVP und Teilen der Grünliberalen mitunterzeichnet.

Trotzdem hat man das Gefühl, Sie tragen eine Fehde mit Sozialdirektorin Edith Olibet (SP) aus. Ich mache einfach meine Arbeit als Parlamentarier. Schon als ich

«Edith Olibet schadet dem Sozialdienst vielmehr als alle Kritiker.»

2006 – also vor dem «BMW-Fall» – kritische Fragen zur Sozialhilfe gestellt hatte, erstaunte mich die Abwehrhaltung und die Kritikunfähigkeit in der Sozialdirektion. Man verbittet sich jede Einmischung von aussen. Das hat der Finanzinspektor festge-

ZUR PERSON

Chronischer Olibet-Kritiker

Philippe Müller (45) sitzt seit 2001 für die FDP im Stadtrat. 2005 präsidierte er das Parlament. Momentan ist er Copräsident der freisinnigen Fraktion. Seit 2006 kritisiert Müller – auch als Mitglied der Sozialkommission SBK – beständig die Amtsführung von Sozialdirektorin Edith Olibet. Letztes Jahr wurde er deshalb zum Präsidenten jenes SBK-Ausschusses gewählt, der den Sozialdienst unter die Lupe nahm. Jurist Müller ist Direktor und Geschäftsleitungsmitglied der CLS Behring. **azu**

stellt, das habe ich mit dem Sozialhilfeausschuss erlebt.

Kritiker sagen, Ihr beständiges Nachhaken schade der Sozialhilfe mehr, als es nützt.

Ich gehe mit den Linken absolut einig: Die Sozialhilfe ist sehr wichtig, sie ist Ausdruck von Solidarität. Diese darf aber nicht

missbraucht werden. Gerade für ehrliche Sozialhilfebezüger ist es wichtig, dass sie dem System vertrauen können. Und schliesslich geht es auch um viel Geld: Jährlich werden Sozialhilfegelder von knapp 100 Millionen Franken ausbezahlt.

Die anhaltende Diskussion – auch in dieser Zeitung – bringe ehrliche Sozialhilfebezüger unter Generalverdacht, lautet der Tenor.

Ich habe in meinen Vorstössen regelmässig gewarnt: Irgendwann trifft es die Falschen. Wenn nun die Sozialhilfebezüger – und übrigens auch die Sozialarbeitenden – unter Generalverdacht stehen, ist das nicht meine Schuld. Das hat Frau Olibet mit ihrem anfänglichen kategorischen Bestreiten der Missstände, mit ihren Verschleppungen und Unterlassungen zu verantworten. Würde sie die Kritik ernst nehmen, hätte diese längst aufgehört. So aber gibt Olibet den Druck an die Sozialarbeitenden und ihre Klienten weiter. Edith Olibet schadet dem Sozialdienst vielmehr als alle Kritiker.

Bei der Präsentation des Schlussberichts hat Olibet Fehler eingestanden und Besserung gelobt.

Ich zweifle an ihrem Willen, das Ruder herumzureissen. Oder warum sind die allermeisten vor anderthalb Jahren angekündigten Massnahmen immer noch nicht umgesetzt? Mich erstaunt diese Renitenz: Dass der Sozialdienst vor die Hunde geht, scheint ihr egal zu sein.

Sie exponieren sich. Stehen Sie selbst auch unter Beschuss?

Ich erhalte Anrufe oder Mails von Sozialarbeitenden und Sozialhilfebezügern. Letztere beschwerten sich, dass ihnen der Sozialdienst

«Es gibt auch in meiner erweiterten Familie Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind.»

wegen mir auf die Pelle rückt. Ich weiss nicht, wer ihnen das eingepfiff hat. Immerhin gibt es auch in meiner erweiterten Familie Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. **INTERVIEW: ADRIAN ZURBRIGGEN**

Debatte um Inspektorat

Konnte das Finanzinspektorat in der Sozialhilfeprüfung wirklich unabhängig arbeiten? Darüber diskutiert heute der Stadtrat.

Das kantonale Gemeindegesetz schreibt es glasklar vor: Die kommunalen Finanzrevisoren müssen «verwaltungsunabhängig» sein. Die «jüngsten Vorfälle» rund um die Sozialhilfe lassen den jungfreisinnigen Stadtrat Bernhard Eicher an der Unabhängigkeit des städtischen Finanzinspektors Beat Büschi zweifeln. Schuld daran ist in den Augen Eichers aber nicht Büschi, sondern der Gemeinderat, der den Finanzinspektor in seiner Arbeit behindere.

In einem 150-seitigen Bericht stellte Büschi dem Sozialdienst letzten Sommer ein äusserst schlechtes Zeugnis aus – doch der Gemeinderat hielt das Papier sieben Monate unter dem De-

ckel. Nachdem Büschi in der Sozialkommission des Stadtrats der Sozialdirektorin Edith Olibet Führungsmängel vorwarf, verbreitete der Gemeinderat in Büschis Namen ein Dementi – das diese Zeitung tags darauf mit der Publikation des Kommissionsprotokolls widerlegen konnte. Eichers Verdacht: Büschis Dementi sei auf massiven Druck des Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät zu Stande gekommen.

Stadt: Regierung wählt

Tatsächlich ist der eigentlich verwaltungsunabhängige Finanzinspektor dem Stadtpräsidenten «administrativ unterstellt». Gewählt wird der Revisor, der die Verwaltung und damit auch die Regierung kontrollieren soll – von ebendieser Regierung.

Das könne nicht funktionieren, glaubt Eicher. In einer Motion schlägt er vor, den Finanzin-

spektor durch den Stadtrat wählen zu lassen und diesem direkt zu unterstellen. Diese Lösung hätte den Nachteil, dass das Finanzinspektorat verpolitisiert werden könnte.

Kanton: Parlament wählt

Im Kanton hat man deshalb quasi eine Mischform gefunden: Der Chef der Finanzkontrolle wird vom Regierungsrat vorgeschlagen, aber vom Grosse Rat gewählt. Organisatorisch ist die Finanzkontrolle ein «selbstständiges Amt» und keinem Regierungsrat unterstellt.

Weil Eichers Motion erst in rund einem halben Jahr vors Parlament kommt, hat er zusätzlich eine dringliche Interpellation eingereicht. Darin verlangt er Aufklärung über die aktuellen «Unregelmässigkeiten» rund um das Finanzinspektorat. Stadtpräsident Tschäppät muss diese Fragen heute Abend im Stadtrat beantworten. **AZU**